

# VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND–PFALZ

– VVR –

## RUNDSCHREIBEN

---

Rdschr. Nr. 1/08 vom 11.03.08

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

Zum Ende des ersten Quartals des Jahres 2008 möchte ich Sie wieder über aktuelle und künftige Aktivitäten der Vereinigung informieren.

1. Zunächst gebe ich Ihnen den Termin für die nächste ordentliche Mitgliederversammlung bekannt:

Die VVR-Mitgliederversammlung 2008 findet statt am

**Dienstag, dem 28. Oktober 2008,**

**im "Großen Sitzungssaal" des Rathauses in Koblenz.**

Ich bitte alle, sich diesen Termin vorzumerken und nach Möglichkeit freizuhalten, zumal in diesem Jahr **Vorstandswahlen** auf dem Programm stehen werden. Als Gastreferenten für den Vormittag haben wir **Herrn Prof. Dr. Walter Frenz**, Inhaber des Lehrstuhls für Berg- und Umweltrecht an der TH Aachen und Verfasser von Kommentaren zum Emissionshandelsrecht und zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, gewonnen. Er wird voraussichtlich über das hochaktuelle Thema "Herausforderungen des Klimaschutzes für Europa" zu uns sprechen. Für die Vermittlung des Kontakts zu Prof. Dr. Frenz gilt – einmal mehr – unserem Vorstandsmitglied RVG Dr. Christoph Klages ein besonderer Dank. Über den genauen Tagungsablauf und das weitere Programm werden wir Sie zu gegebener Zeit gesondert informieren.

2. Im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28. Dezember 2007 ist das **Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008 (LBV AnpG 2007/ 2008) vom 21. Dezember 2007 (GVBl. S. 283)** verkündet worden, das

erwartungsgemäß – gerade auch den Richterinnen und Richter im Landesdienst als Angehörigen des höheren Dienstes – nichts Erfreuliches beschert hat: Neben einer – kaum als solche zu bezeichnenden – "Besoldungsanpassung" von 0,5 % für die Jahre 2007 und 2008 enthält es die – auch von der VVR im Gesetzgebungsverfahren kritisierten – problematischen Regelungen einer "Wartefrist" von zwei Jahren auf die amtsangemessene Besoldung bei der Verleihung eines Richteramtes ab Besoldungsgruppe R 3 sowie der rückwirkenden Verleihung des Gesetzesrangs für die bisher in der Beihilfenverordnung geregelte sog. "Kostendämpfungspauschale". Die VVR wird sich weiter für eine Abschaffung dieser beiden auch hinsichtlich ihrer Verfassungsmäßigkeit zweifelhaften Regelungen einsetzen. Angesichts deutlich höherer Besoldungsanpassungen in den benachbarten Bundesländern, einer weiter steigenden Inflationsrate und der Forderung einer achtprozentigen Besoldungserhöhung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen in der laufenden Tarifrunde muss es aber vorrangig darum gehen, dass die Angehörigen des höheren Dienstes in Rheinland-Pfalz bei den anstehenden Beratungen des Doppelhaushalts 2009/2010 nicht weiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgeschnitten werden, sondern endlich wieder eine angemessene Erhöhung ihrer Besoldungs- und Versorgungsbezüge erhalten. Die VVR hat hierzu bereits gemeinsame Aktivitäten mit dem **Landesverband Rheinland-Pfalz des Deutschen Richterbundes** besprochen. Geplant sind zunächst gemeinsame Gespräche mit dem Finanzminister und den Haushaltsexperten der drei Landtagsfraktionen. Im weiteren Verlauf des Jahres könnten auch gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktionen erfolgen. Hierüber werden wir beraten und würden uns über Anregungen freuen. Auf jeden Fall werde ich Sie rechtzeitig informieren.

3. Der BDVR und seine Landesverbände werden sich – wie auf der letzten BDVR-Mitgliederversammlung beschlossen – in diesem Jahr verstärkt dem Thema "**Richterliche Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte**" widmen; angestrebt wird, substantielle Verbesserungen des bestehenden Systems der Beteiligungsrechte der Richterschaft – auch als Gegenmodell zu dem problematischen und eher realitätsfernen Modell einer "Selbstverwaltung der Justiz" des Deutschen Richterbundes – zu erreichen. Die VVR wird sich an den Diskussionen beteiligen und in enger Abstimmung mit dem **Haupttrichterrat** und den **örtlichen Richterräten** untersuchen, ob und ggf. welche Verbesserungen der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte – etwa in Anlehnung an weitergehende Regelungen in

anderen Bundesländern – für Rheinland-Pfalz in Betracht kommen. Der VVR-Vorstand ist auch für Vorschläge hierzu aus der Mitgliederschaft sehr dankbar.

4. Wie den Angehörigen der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch E-Mail des Herrn Präsidenten des OVG vom 2. Januar 2008 bereits mitgeteilt, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung ein **Rahmenkonzept zur Personalentwicklung der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung** beschlossen, das auch die Entwicklung eines spezifischen **Personalentwicklungskonzepts für die rheinland-pfälzische Justiz** umfasst. Hierzu wurden inzwischen Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich mit verschiedenen Themenkreisen der Personalentwicklung befassen sollen. Der Vorstand der VVR ist in zwei Arbeitsgruppen vertreten, und zwar in der **Arbeitsgruppe II (Strukturfragen)** durch den Vorsitzenden und in der **Arbeitsgruppe IV (Mitarbeitergespräche)** durch die stellvertretende Vorsitzende, Frau VRinVG Faber-Kleinknecht. Die VVR wird Sie über den weiteren Fortgang und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu gegebener Zeit informieren.
  
5. Bereits im Dezember 2007 ist die **Dokumentation des 15. Deutschen Verwaltungsrichtertages** erschienen, der vom 9. bis 11. Mai 2007 in Weimar stattgefunden hatte. Die in der Verwaltungsgerichtsbarkeit aktiven Mitglieder haben den Dokumentationsband bereits an ihrem Arbeitsplatz erhalten. Allen anderen VVR-Mitgliedern wird er zusammen mit diesem Rundschreiben übersandt.

Ich wünsche allen Mitgliedern schöne Osterfeiertage und denjenigen, die die Osterferien für einen Urlaub nutzen wollen, gute Erholung.

Mit freundlichen Grüßen  
für den Vorstand

gez. Hartmut Müller-Rentschler